



Marktbericht
Oktober 2019





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Mit jedem Tag teurer – der USA-China-Handelskonflikt

Die USA und China wurden sich im Handelskonflikt teilweise einig und mit einem Zweiphasenplan wollen sie den mehr als ein Jahr andauernden Streit lösen. Die USA verzichten zunächst auf die für den 15. Oktober geplante Anhebung der Strafzölle von 25 auf 30 Prozent für chinesische Importe im Wert von 250 Milliarden US-Dollar. Im Gegenzug ist China zum Kauf von US-Agrarprodukten im Wert von 40 bis 50 Milliarden US-Dollar bereit. Allgemein geht man nun davon aus, dass ein Handelsabkommen zwischen den USA und China bei dem Treffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) am 16. und 17. November in Chile unterzeichnet werden kann.

Die Daten deuten darauf hin, dass China hier mehr zu verlieren hat, als die USA. So wird für das laufende Jahr das geringste Wachstum seit 30 Jahren erwartet, das im kommenden Jahr sogar noch weiter nach unten gehen könnte. Voraussagen sprechen davon, dass das Wachstum auf unter sechs Prozent fallen könnte.

Vor allem war der chinesische Handel mit den USA im September stark beeinträchtigt. Wie die Zollbehörde mitteilte, sind die Ausfuhren in die USA um 17,8 Prozent zurückgefallen und die Importe von US-Waren sanken um 20,6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Aus Sicht der ersten neun Monate des Jahres sind die Exporte in die USA um 10,7 Prozent gefallen, die Importe von US-Waren sanken um 26,4 Prozent.

Ermutigende Signale gibt es hingegen von Seiten der USA. Der Fed-Chef Jerome Powell gab ein positives Bild der Konjunkturperspektiven und verweist auf die gestiegenen Chancen einer Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China und auf das ein harter Brexit abgewendet werden könnte. Gestützt wurden die US-Aktienkurse auch durch ermutigende Konjunkturdaten. Das US-Wirtschaftswachstum lag im dritten Quartal 2019 auf das Gesamtjahr hochgerechnet bei 1,9 Prozent, nach zwei Prozent im Vorquartal. Analysten hatten hingegen eine Abschwächung auf 1,6 Prozent erwartet.

Wie von den Märkten erwartet hat die US-Notenbank den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte gesenkt, dieser befindet sich damit künftig in einer Spanne von 1,50 bis 1,75 Prozent.



Neu ist ein Wortlaut im Begleittext zu dem Beschluss, durch den die Notenbank gleichzeitig signalisiert, dass es zunächst keine weiteren Zinssenkungen, aber auch keine Zinserhöhungen geben werde. Ein Umstand, den Präsident Trump nicht erfreuen dürfte.

Der IWF kürzte im World Economic Outlook (WEO 10/2019) die Wachstumsprognosen und ist insbesondere wegen des von den USA initiierten Handelsstreits pessimistischer gestimmt. Die Produktion ist seit den vergangenen rund eineinhalb Jahren rückläufig und die Industrie steht nahe einer Rezession. Einzelne Wirtschaftszweige streichen inzwischen tausende Stellen, allen voran, neben dem Chemie- und Automobil-Sektor, auch der stark angeschlagene Finanzsektor.

EUROPA

■ Der Brexit geht in die nächste Runde - EU-Staaten einig zur Verlängerung

Das Brexit-Chaos geht in die nächste Runde, auch wenn nun erneut Zeit geschunden wurde. EU-Ratspräsident Tusk hat den EU-Mitgliedsstaaten eine Verlängerung der Brexit-Frist empfohlen, um einen ungeordneten EU-Austritt der Briten zu verhindern; diese haben dem zugestimmt und gewähren einen erneuten Brexit-Aufschub bis zum 31.01.20. Frankreich setzte eine flexible Brexit Fristverlängerung („Flexextension“) durch, die auch einen früheren Ausstieg erlaubt. Sollte es der britischen Regierung gelingen, das mit der EU neu verhandelte Austrittsabkommen vorher durchs Unterhaus zu bringen und so eine Ratifizierung des Austrittsabkommens gelingen, könnte das Land aber auch schon früher gehen, wahlweise zum 1. Dezember oder zum 1. Januar.

Die Hartnäckigkeit von Boris Johnson hat sich am Ende ausgezahlt, denn der britische Premierminister bekommt seine Neuwahl zum Wunschtermin am 12.12.19 und rund 47 Millionen Wahlberechtigte Briten werden dann ein neues Parlament wählen. Am Ende konnte sich auch Labour, die größte britische Oppositionspartei, dem Druck nicht mehr entziehen und signalisierte am 29.10. die Bereitschaft, einer schnellen Neuwahl im brexitmüden Königreich zuzustimmen. Dem Antrag der Regierung stimmten diesmal sogar mehr als zwei Drittel des Unterhauses zu.



Der Brexit wird auch Auswirkungen auf den EU-Haushalt haben, insbesondere für Deutschland könnte es teuer werden, denn die EU-Beiträge könnten sich verdoppeln. Man spricht in einer Schätzung der Bundesregierung, in der Einnahmen und Ausgaben für das EU-Budget bereits berücksichtigt wurden, von 15 Milliarden Euro im nächsten Jahr auf bis zu 33 Milliarden im Jahr 2027. Die Europäische Kommission hatte vorgeschlagen, die EU-Abgabe auf 1,11 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Bislang liegt der Mitgliedsbeitrag bei rund 0,91 Prozent.

■ Geld- und Zinspolitik

Stabswechsel bei der EZB, doch alles bleibt beim Alten? Nach acht Jahren als EZB-Präsident wurde Mario Draghi nun offiziell in einer Zeremonie verabschiedet und übergab das höchste Amt in der Notenbank an seine Nachfolgerin Christine Lagarde. Und die möchte an der Null- und Negativzins Politik ihres Vorgängers festhalten. Von Seiten Deutschlands fällt für viele die Bilanz Dragis eher bescheiden aus und mittlerweile überwiegt der Schaden einer expansiven Geldpolitik ihrem Nutzen.

Wie jüngst bekannt wurde, wird die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem Neustart ihrer Anleihenkäufe bereits am 30.10.19 beginnen und die Transaktionen würden dann ab dem 01.11.19 abgewickelt. Die EZB hatte bereits im September beschlossen, den vor allem in Deutschland umstrittenen Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren mit einem monatlichen Volumen von 20 Milliarden Euro wieder aufzunehmen. Ein konkretes Enddatum wurde nicht genannt, vielmehr sollen die Käufe erst dann beendet werden, wenn eine Zinserhöhung kurz bevorsteht.

DEUTSCHLAND

■ Konjunktur-Check: Krisenmodus

Immer deutlicher zeigt sich, dass die deutsche Wirtschaft in die Rezession rutscht, aber es gibt auch kleine Lichtblicke. So hat sich die Stimmung unter den deutschen Exporteuren im Oktober deutlich aufgehellt und das Barometer für die Exporterwartungen des Münchener Ifo-Instituts der Industrie kletterte auf minus 1,2 Punkte, von zuvor im September erreichten minus 5,3 Punkten.



Trotz der weiter unklaren Lage beim Brexit blicken die deutschen Exporteure vereinzelt wieder optimistisch nach vorne. Von Januar bis August 2019 legten die Wareneinfuhren um 0,4 Prozent auf knapp 883 Milliarden Euro zu.

Der Anstieg ist vor allem auf die Unternehmen aus der Elektrotechnik zurückzuführen, wo die Unternehmer weniger pessimistisch in die Zukunft sehen. Nach dem Rückschlag im Vormonat erwarten auch die Firmen aus der Chemie-Industrie wieder deutlich mehr Aufträge aus dem Ausland, ebenso wie Nahrungs- und Genussmittelhersteller. Weiterhin schwierig ist und bleibt wohl auch der Exportmarkt für die Metallindustrie.

Hingegen haben schlechte Nachrichten aus der Wirtschaft das Verbrauchervertrauen in Deutschland auf den tiefsten Stand seit drei Jahren gedrückt. Die Marktforscher der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) prognostizieren einen Rückgang ihres Konsumklima-Barometers um 0,2 auf 9,6 Punkte. Neben den bekannten Risikofaktoren wie schwächere Weltkonjunktur, Handelskonflikte und Brexit-Chaos wurden verstärkt auch Meldungen über den Abbau von Arbeitsplätzen, z. B. in der Autoindustrie, gemeldet. Bei der Umfrage des unter 2.000 Konsumenten ermittelten Indikators war die Stimmung wieder stärker getrübt und der Optimismus scheint zu schwinden.

Trotzdem wird der private Konsum in diesem Jahr weiterhin eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft bleiben, unter der Voraussetzung, dass die gegenwärtigen Krisenherde nicht weiter eskalieren und Politik und Wirtschaft der zunehmenden Angst vor Jobverlust entgegenreten.

Der wichtigste Frühindikator für Deutschland, der Ifo-Geschäftsklimaindex, verharrte im Oktober auf dem Vormonatswert von 94,6 Punkten. Für die monatliche Umfrage unter rund 9.000 Managern war von Ökonomen ein leichter Rückgang erwartet worden, nachdem es im September einen überraschenden Anstieg gegeben hatte.

Als positives Signal gilt zudem, dass im Verarbeitenden Gewerbe der Abwärtstrend vorerst gestoppt wurde. Die Stimmung hellte sich auf. Dies war laut Ifo auf merklich weniger pessimistische Erwartungen der Industriefirmen zurückzuführen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die globale Abkühlung der Konjunktur, die vor allem die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft trifft, in Verbindung mit dem Handelskonflikt auch in der deutschen Wirtschaft nicht ohne Folgen bleiben wird.



NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Aluminiumpreis bleibt trotz drohender Überversorgung unterstützt

Aluminium zeigte sich in unserer Berichtszeit Oktober 2019 zuletzt stabil oberhalb der 1.700 USD-Linie und erreicht zum 30.10.19 den Monatshöchststand mit 1.751 USD. Der Weg dahin war allerdings nicht einfach, denn die Notierungen verloren zwischenzeitig bis auf 1.715 USD, bevor sie sich im weiteren Monatsverlauf festigen konnten.

In Anbetracht der derzeit festen Notierungen befindet sich der Aluminiumpreis im Vergleich zum vergangenen Jahr auf einem deutlich niedrigeren Niveau. In den ersten drei Quartalen 2019 lag er durchschnittlich bei 1.829 USD und damit um 15 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Trotz einer sich abschwächenden Wirtschaftsentwicklung dürfte der globale Aluminiummarkt in diesem Jahr erneut ein Defizit aufweisen. Die Einschätzung des Internationalen Aluminium Instituts (IAI) untermauert diese These, denn die weltweite Tagesproduktion war in den vergangenen zwei Monaten mit rund 172.000 Tonnen so niedrig wie seit Ende 2017 nicht mehr. Daher dürfte der globale Aluminiummarkt trotz der Konjunktur- und Nachfrageabkühlung erneut ein Defizit von 1-1,5 Mio. Tonnen verzeichnen. Für das nächste Jahr könnte es am Markt jedoch eine Überversorgung geben.

Auf der anderen Seite ist auch die Nachfragesituation zu beachten. Zum ersten Mal seit der Wirtschaftskrise 2009 dürfte die Nachfrage nach Aluminium in diesem Jahr nach übereinstimmender Meinung führender Produzenten, wie z. B. Norsk Hydro und Alcoa, zurückgehen. Insbesondere die Nachfrage außerhalb Chinas soll sich dem Konzern nach um 1-2 Prozent rückläufig entwickeln. Die Angebots- und Nachfragesituation außerhalb Chinas sollte eher ausgeglichen bleiben, bei einer möglichen Ausweitung der Produktion um 4-6 Prozent.

Der deutliche und anhaltende Rückgang der LME-Lagerbestände sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Bestände außerhalb der LME-Lagerhäuser gehalten wird und daher die Verfügbarkeit ausreichend bleibt, sagt Analyst Eugen Weinberg.



Die Aluminiumbestände an der LME haben sich zuletzt gegenüber dem niedrigen Stand vom 03.09.19 bei 895.625 t wieder aufgebaut, rund 25.000 t im Oktober. Mit 959.050 t liegen die Vorräte immer noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Zwischenzeitlich lagen die Vorräte bei 985.900 t (15.10.), was kaum Einfluss auf die Notierungen hatte.

Trotz dieser nicht so positiven Nachrichten rechnen die Marktteilnehmer mit einem eher stabilen Preisverlauf in den kommenden Monaten. Allerdings wird die derzeitige Nachfrage- und Preisentwicklung durch die Eintrübung der Konjunktur und Handelskonflikte beeinflusst, was am Aluminiummarkt Spuren hinterlassen könnte.

KUPFER

■ Kupfer setzt Preisanstieg fort

Der Anstieg des LME-Kupferpreises auf über 5.900 USD bzw. den höchsten Stand mit 5.910 USD am 30.10.19 wird weniger auf Fundamentaldaten des Marktes als auf eine höhere Risikoaffinität der Finanzanleger zurückgeführt.

Der Preis erreichte am 21.10.19 mit 5.843 USD ein vorläufiges Vierwochenhoch. Die Notierungen wurden von den Protesten gegen die Regierung und den damit verbundenen Angebotssorgen in dem wichtigsten Produzentenland Chile gestützt. Hinzu kommen die optimistisch stimmenden Signale im Handelskonflikt zwischen den USA und China im Vorfeld der geplanten Prozent unter dem Vorjahreshoch.

Die Versorgung mit dem Roten Metall scheint für den Markt derzeit kein Problem darzustellen, denn der International Copper Study Group (ICSG) zufolge lag in den ersten sechs Monaten des Jahres das Defizit bei 220.000 Tonnen, verglichen mit einem Defizit von 177.000 Tonnen im gleichen Zeitraum 2018. Das ist eine große Veränderung im Vergleich zur letzten Prognose vom April dieses Jahres, als die ICSG für das Jahr 2020 noch ein Angebotsdefizit von 250.000 Tonnen erwartet hatte.

Die Prognosen der ICSG sehen im nächsten und übernächsten Jahr eine Steigerung der Minenproduktion von 2 Prozent, sofern große Unterbrechungen ausbleiben. Der Produktionsüberschuss soll zwischen 300.000 Tonnen und 600.000 Tonnen liegen.



Die Vorräte in den LME-Lägern waren von einem Bestandsaufbau geprägt, der am 03.10.19 deutlich bei 290.250 t lag. Zwar reduzierten sich die Vorräte zwischenzeitlich bis auf 250.750 t, doch zum 30.10.19 war das Niveau mit 270.325 t wieder deutlich höher.

Die Nachfrage dürfte nach einem sporadischen Anstieg in diesem Jahr dann im kommenden Jahr um 1,7 Prozent auf nur 25 Mio. Tonnen steigen. Tendenziell besteht das Risiko einer Revision der Nachfrageschätzung nach unten. Der größte Nachfrageanstieg soll wieder in China entstehen, wo allerdings die Wirtschaftsaussichten alles andere als rosig sind. Das geringere globale BIP-Wachstum wird im kommenden Jahr zu einem Überschuss am Markt beitragen.

Trotz der Annäherungen zwischen China und den USA wird es bei den schwierigen Konjunkturaussichten bleiben, da die chinesische Industrie erheblichen Einfluss auf die Gesamtbilanz der Nachfrage hat. Die jüngsten Sorgen über die Entwicklung des Angebots reichen nicht aus, um eine fortgesetzte Nachfrageschwäche auszugleichen oder die Preise nach oben zu treiben.

Die Preise sollten sich aufgrund des knappen globalen Angebots und der schwachen Nachfrage infolge des anhaltenden Handelskonflikts zwischen den USA und China erstmal weiter auf dem aktuellen Niveau bewegen. Kurzfristig wird dem Kupferpreis ein weiterer Anstieg bis in den Bereich von rund 6.000 USD zugetraut.

NICKEL

■ Markt verteidigt hohes Preisniveau

Die Entwicklung der Vorräte und die damit einhergehende Befürchtung vor einem größer werdenden Angebotsdefizit war der Auslöser für den Preissprung im Oktober 2019. Ein Vorfall in der Mine eines der größten Nickelproduzenten aus Russland sowie ein gleichzeitiger massiver Rückgang der Lagerbestände von Nickel an der London Metal Exchange in den vergangenen Monaten haben die Notierungen auf 17.695 USD gestützt, wenngleich man angesichts der Bestandsentwicklung eine höhere Preisverbesserung erwarten konnte. Am 15.10.19 rutschten die Notierungen unter die 17.000-USD-Linie und der Monat schloss mit 16.800 USD.



Die Vorräte haben sich in der Berichtszeit mehr als halbiert – von 152.136 t am 01.10.19 auf zuletzt 66.990 t. Die einzelnen Abgänge lagen z. T. bei mehr als 10.000 t.

Ein weiter Grund für die Preisverbesserung ist der Ausfuhrstopp für Nickelerz, den Indonesien vor einigen Wochen angekündigt hat. Das Land ist der weltgrößte Nickelproduzent und hinter den Philippinen der zweitgrößte Exporteur von Nickelerz und -konzentrat. Zunächst war diese Maßnahme für das Jahr 2022 vorgesehen, nun soll sie bereits ab Januar 2020 gelten.

Auch ohne diese Einschränkung besteht schon jetzt auf dem globalen Nickelmarkt ein Angebotsdefizit. Die International Nickel Study Group (INSG) hat die Zahlen für die ersten sieben Monate des Jahres veröffentlicht. Demzufolge beläuft sich das Defizit auf rund 48.000 Tonnen und für das Gesamtjahr 2019 rechnet die INSG damit, dass die Nachfrage das Angebot um 84.000 Tonnen übersteigen wird.

Die großen Marktakteure aus China bereiten sich schon länger auf das Exportverbot der Philippinen vor und haben bereits im August begonnen, Mengen an Nickelerz zu importieren. Nach Daten der Zollbehörde wurden 5,72 Millionen Tonnen eingeführt, so viel wie zuletzt vor elf Monaten. Mit diesen Importen wurde offenbar nicht nur die Nickelnachfrage in China befriedigt, sondern auch Lagerbestände aufgebaut. Dies bestätigt auch die Entwicklung der Vorräte in den Lagern der Rohstoffbörse Shanghai, die im vergangenen Monat auf das höchste Niveau seit Mitte 2018 aufgestockt wurden. Neben der Entwicklung der Bestände in den LME-Lagerhäusern muss auch die Entwicklung in Asien im Fokus bleiben.

Analysten rechnen kurz- bis mittelfristig fundamental eher mit einem Preisrücksetzer, erwarten aber langfristig höhere Nickelpreise. Da Nickel verstärkt in der Batterieproduktion zum Einsatz kommt, werden sich die Themen Energiespeicherung und Elektromobilität in den kommenden Jahren stark auf Nickel auswirken.

Kurzfristig sehen die Marktteilnehmer wachsende Risiken auf der Angebotsseite, denn bei Nickel scheint das Angebot früher beeinträchtigt zu werden als bislang erwartet. Zum Ende der Berichtszeit erreichte den Markt die Nachricht, dass der Export von Nickelerzen eingestellt werden soll. Grund dafür seien „massive Verletzungen“ der Ausfuhrregelungen, so die Minenbehörde. Somit scheint der Weg zu weiteren Preissteigerungen geebnet zu sein.



ZINK

■ Angebotssorgen steigen wieder

Zink konnte sich in der Berichtsperiode an der LME nach oben arbeiten und der Preis für das Metall klettert, auch bedingt durch die sinkenden Lagerbestände in den LME-Lägern.

Diese haben in London das geringste Niveau seit mehr als zwanzig Jahren erreicht und zum 31.10.19 lagen die Vorräte bei 55.225 t, mehr als 10.000 t weniger als zu Monatsbeginn (66.750 t). Es zeichnete sich seit Langem ab, dass die Produktion von Zink zurückgeht, auch weil Unternehmen über Jahre hinweg zu wenig in neue Kapazitäten investiert haben. Dies ist auch auf das niedrige Preisniveau zurückzuführen, das neue Investitionen nicht rechtfertigen lässt.

Die Notierungen haben sich von 2.273 USD zu Monatsbeginn bis auf 2.540 USD am 29.10.19 verbessern. Zum Abschluss des Monats gingen die Notierungen wieder bis auf 2.496 USD zurück.

Analysten vertreten zwar die Einschätzung, dass sich die Angebotssituation verändern könnte und mit einem höheren Angebot gerechnet werden muss, doch ohne einen spürbaren Anstieg der Bestände fällt es schwer, von einem Überschuss zu sprechen. Unterstützt wird die Meinung durch die Daten der International Lead and Zinc Study Group. In dem jüngst veröffentlichten Monatsbericht teilt sie mit, dass das Defizit in den ersten sieben Monaten des Jahres 2019 bei 106.000 Tonnen gelegen habe. Ein Jahr zuvor belief sich das Defizit noch auf 170.000 Tonnen.

Die Preise sollten sich im Verlauf des vierten Quartals weiter stabilisieren, da der Druck durch sinkende Lagerbeständen anhalten könnte.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Web www.AluminiumOnline.de

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Amtsgericht Essen, HRA 8543

Steuernummer: 323/5819/0278

USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164



MÜLLER & SOHN

